

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 17./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 28.09.2016, 17.00 Uhr, im Kolpinghaus Kleve

	<u>Seite</u>
Bürgerfragestunde	
1. Gesamtabschluss 2010 und Gesamtlagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2010 sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2010 - Drucksache Nr. 490 /X. -	7
2. Jahresabschluss und Lagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2015 sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2015 - Drucksache Nr. 491 /X. -	7 - 8
3. Klever Versorgungsbetriebe GmbH; Jahresabschlüsse 2015 und Entlastung des Aufsichtsrates - Drucksache Nr. 492 /X. -	8 - 9
4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der GEWOGE Wohnungsgesellschaft mbH für den Kreis Kleve in Kleve für das Jahr 2015 - Drucksache Nr. 493 /X. -	9 - 10
5. Übernahme einer Bürgschaft für die Bäderbetriebe Kleve GmbH - Drucksache Nr. 501 /X. -	10
6. Entsendung von Mitgliedern in die Gremien des Sparkassenzweckverbandes und der Sparkasse Rhein-Maas a) Wahl der Mitglieder zur Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Rhein-Maas b) Wahl der Mitglieder zum Verwaltungsrat der Sparkasse Rhein-Maas - Drucksache Nr. 494 /X. -	10 - 11
7. Neuwahl bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen für die Bezirke I, II und V - Drucksache Nr. 495 /X. -	11
8. Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr - Drucksache Nr. 467 /X. -	11 - 13
9. Umsetzung des Radverkehrskonzeptes - Vorlage Sachstandsbericht - Drucksache Nr. 466 /X. -	13
10. Lärmaktionsplan Stufe 2 für die Stadt Kleve hier: Beschluss als Luftreinhalteplan gem. § 47 Bundes-Immissionsschutzgesetz - Drucksache Nr. 465 /X. -	13
11. Bebauungsplan Nr. 1-279-2 für den Bereich Minoritenplatz hier: Frühzeitige Beteiligung - Drucksache Nr. 476 /X. -	13 - 14

	<u>Seite</u>
12. Bebauungsplan Nr. 2-303-0 für den Bereich Leitgraben im Ortsteil Kellen hier: Beschluss der zweiten erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 477 /X. -	14 - 15
13. Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen hier: Beschluss der Teilung des Plangebietes und erneuter Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 436 /X. -	15
14. Bebauungsplan Nr. 1-089-10 für den Bereich Hagsche Straße/ Hagsche Poort (altes Postgebäude) hier: Beschluss der erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 478 /X. -	15
15. 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 8-139-2 für den Bereich Kranenburger Straße/ Heidestraße im Ortsteil Donsbrüggen hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 479 /X. -	16
16. Bebauungsplan Nr. 1-031-7 für den Bereich Stresemannstraße hier: Beschluss der erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 480 /X. -	16
17. Bebauungsplan Nr. 1-293-0 für den Bereich Bahnhofsumfeld / Bahnhofplatz hier: Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 481 /X. -	16
18. Bebauungsplan Nr. 2-310-0 für den Bereich Van-Houten-Straße / Medline- Straße / Wilhelm-Sinsteden-Straße / Hermann-Pardun-Straße im Ortsteil Kellen hier: Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 482 /X. -	16
19. Bebauungsplan Nr. 9-307-0 für den Bereich Rinderner Straße im Ortsteil Düffelward hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 483 /X. -	17
20. Bebauungsplan Nr. 1-167-0 für den Bereich Kavariner Straße/ Spycckstraße/ Flutstraße/ Ludwig-Jahn-Straße/ Hafenstraße hier: Einstellung des Verfahrens - Drucksache Nr. 484 /X. -	17
21. Bebauungsplan Nr. 1-167-1 für den Bereich Spycckstraße/ Ludwig-Jahn- Straße/ Hafenstraße/ Kavarinerstraße hier: Einleitung des Verfahrens und frühzeitige Beteiligung - Drucksache Nr. 485 /X. -	17 - 18
22. Bebauungsplan 1-312-0 für den Bereich Klever Berg / Bresserbergstraße im Ortsteil Kleve hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 502 /X. -	18

	<u>Seite</u>
23. Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße/ Merowingerstraße/ Willy-Brandt-Straße hier: Beschluss der erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 503 /X. -	18
24. Erarbeitungsverfahren für den Regionaplan Düsseldorf hier: Stellungnahme der Stadt Kleve zum Entwurf "Regionalplan Düsseldorf" - Drucksache Nr. 486 /X. -	18 - 19
25. Umbesetzung der Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses und des Unterausschusses Flächennutzungsplan (Antrag der CDU-Fraktion vom 06.09.2016)	19
26. Umbesetzung in Ausschüssen (Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2016)	19
27. Sachstand Vergabenaachprüfungsverfahren Sontowski	19
28. Schulentwicklungsplanung	20
29. Mitteilungen	
a) Städtepartnerschaft Swinemünde	20
b) Frauenparkplätze am Bahnhof	20
30. Anfragen	
a) Sachstand Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Nr. 1-279-1	20
b) Schützenhaus Keeken	21
c) Parkplätze Klimaschutzsiedlung	21
d) Finanzierung der Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer	21
e) Freiwillige Feuerwehr	22
f) Fahrbahnverengung Merowingerstraße	22
g) Adler Kupferner Knopf	22
h) Straßenbaumaßnahme Spycckstraße	22
i) Bahnhof - barrierefreie Querungsmöglichkeit	23
j) Spielhalle bei Brüggemeier	23
k) Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse	23

Niederschrift

**über die öffentliche 17./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch,
dem 28.09.2016, 17.00 Uhr, im Kolpinghaus Kleve**

Unter dem Vorsitz der
Bürgermeisterin Northing, Sonja
sind anwesend die Stadtverordneten:

Ackeren, Barend van	FDP ab 17.03 Uhr
Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Bungert, Alexander	FDP
Cosar, Heinz-Jörg	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Driever, Gerd	CDU
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fischer, Wilhelm	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever
Gebing, Wolfgang	CDU
Gerritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	Offene Klever
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Janßen, Alexander	Offene Klever
Janssen, Udo	CDU bis 20.05 Uhr, Ende TOP 4. NÖS
Kanders, Angelika	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Merges, Dr. Fabian	Offene Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Ricken, Edmund	CDU
Rütter, Daniel	FDP bis 18.30 Uhr, TOP 23. ÖS
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD
Welberts, Stefan	SPD ab 17.14 Uhr

Nicht anwesend:

Bay, Michael
Hermanns, Aloys
Rambach, Andreas

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
CDU
CDU

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Leitender Rechtsdirektor Goffin
Verwaltungsdirektorin Keyzers
Verwaltungsdirektor Keyzers
Oberverwaltungsrat van Hoof
Oberverwaltungsrat Janßen
Tariflich Beschäftigter Posdena
Oberamtsrätin Rennecke
Amtsrat Boltersdorf
Tariflich Beschäftigter Hoymann
Tariflich Beschäftigte Welbers
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Kleve fest.

Sie bittet um Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 28. "Schulentwicklungsplanung" der öffentlichen Sitzung. Die übrigen Tagesordnungspunkte "Mitteilungen" und "Anfragen" würden sich entsprechend verschieben.

Der Rat erhebt keine Einwände gegen die Erweiterung.

Auf die Frage, ob es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, meldet sich StV. Dr. Merges und beantragt die Erweiterung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um den Punkt "Beschluss der erneuten Offenlage für den Bebauungsplan des Bensdorpgeländes".

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt, dass ein solcher Beschluss in der heutigen Sitzung nicht gefasst werden könne, da ein entsprechender Plan nicht vorliege. Der Antrag sei daher unvollständig und sollte zunächst im Bau- und Planungsausschuss beraten werden. Bei einer Beschlussfassung am heutigen Tage müsse die Bürgermeisterin den Beschluss beanstanden.

Die Fraktionen sprechen sich grundsätzlich dafür aus, dieses Verfahren zu beschleunigen. Da ein Beschluss in der heutigen Sitzung allerdings entsprechend der Ausführungen des Technischen Beigeordneten Rauer nicht rechtswirksam gefasst werden könne, sprechen sich alle Fraktionen dafür aus, diesen Bebauungsplan in der nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses zu behandeln und einen erneuten Beschluss der Offenlage in der Ratssitzung im Dezember herbeizuführen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der letzten Sitzung ergeben sich nicht.

Zur Bürgerfragestunde meldet sich ein Bürger und bittet um Mitteilung des Sachstandes zum Neubau der Montessori Schule.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass der Plan hinsichtlich der Zügigkeit, des Raumprogramms sowie des Standortes des neuen Gebäudes noch ausgearbeitet werden müsse. Ein erster Entwurf werde im Schulausschuss vorgestellt. Er gehe davon aus, dass in 2017 mit der Durchführungsphase begonnen werde.

Herr Daams meldet sich und möchte wissen, ob im Rahmen des Radverkehrskonzeptes die Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht für die Bahnhofstraße schon stattgefunden habe.

Verwaltungsrat van Hoof antwortet, dass eine Überprüfung noch nicht stattgefunden habe, aber im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes erfolgen werde. Die Straßenverkehrsordnung sehe eine Benutzungspflicht vor. Die Angelegenheit werde in Abstimmung mit der Polizei und den Umweltbetrieben der Stadt Kleve geprüft.

Herr Daams fragt weiter, ob die Stadt beabsichtige, sich im Rahmen des STADTRADELNs an der Meldeplattform RADar! zu beteiligen. Durch diese Online-Plattform könnten lagegenau Mängel und auch positive Dinge festgestellt werden.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass eine Teilnahme derzeit geprüft werde.

Abschließend spricht Herr Daams seinen Dank dafür aus, dass der Leiter des Fachbereichs Tiefbau, Herr Janßen, ihm die Gegebenheiten zu den Fahrradstellplätzen am Bahnhof vor Ort aufgrund seiner Anfrage in der vergangenen Ratssitzung detailliert erläutert habe.

Weitere Meldungen zur Bürgerfragestunde gibt es nicht.

1. **Gesamtabschluss 2010 und Gesamtlagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2010 sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2010**

- Drucksache Nr. 490 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) und b) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve fasst einstimmig bei drei Enthaltungen folgende Beschlüsse:

- a) Der erste Gesamtabschluss nebst Lagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2010 in der von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und des Fachbereichsleiters der örtlichen Rechnungsprüfung unterschriebenen Fassung des Prüfberichtes und Bestätigungsvermerks wird festgestellt.
- b) Der Gesamtbilanzverlust von 11.747.056,50 € wird beschlossen. Die Behandlung / der Ausgleich der Jahresergebnisse erfolgte bereits durch Einzelbeschlüsse in den zuständigen Gremien der entsprechenden Unternehmen bzw. der Stadt und sind den jeweiligen testierten Einzelabschlüssen zu entnehmen.

Bürgermeisterin Northing nimmt an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag c) der Drucksache nicht teil. StV. Schmidt übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Dem Bürgermeister und der Bürgermeisterin der Stadt Kleve wird hinsichtlich des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes unter Einbeziehung der Ordnungsmäßigkeitsprüfung der übrigen Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2010 einstimmig bei drei Enthaltungen die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

2. **Jahresabschluss und Lagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2015 sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2015**

- Drucksache Nr. 491 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) und b) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve fasst einstimmig bei vier Enthaltungen folgende Beschlüsse:

- a) Der Jahresabschluss nebst Lagebericht der Stadt Kleve zum 31.12.2015 in der von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und des Fachbereichsleiters der örtlichen Rechnungsprüfung unterschriebenen Fassung des Prüfberichtes und Bestätigungsvermerks wird festgestellt.
- b) Der Jahresfehlbetrag von 3.624.153,49 € in Höhe von 311.917,06 € wird der Ausgleichsrücklage (bis zu ihrem endgültigen Verbrauch) und in Höhe von 3.312.236,43 € der Allgemeinen Rücklage entnommen.

Bürgermeisterin Northing nimmt an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag c) der Drucksache nicht teil. StV. Schmidt übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Dem Bürgermeister und der Bürgermeisterin der Stadt Kleve wird hinsichtlich des Jahresabschlusses und des Lageberichtes unter Einbeziehung der Ordnungsmäßigkeitsprüfung der übrigen Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2015 einstimmig die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

3. **Klevert Versorgungsbetriebe GmbH; Jahresabschlüsse 2015 und Entlastung des Aufsichtsrates**

- Drucksache Nr. 492 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge 1.1 bis 1.3 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

zu 1.1. Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Kleve GmbH

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen,

- den Jahresabschluss der Stadtwerke Kleve GmbH zum 31. Dezember 2015
 - mit einer Bilanzsumme von 51.944.600,65 €
 - einem Bilanzgewinn von 0,00 €
 - einem Jahresüberschuss von 0,00 €
- gemäß § 46 Ziffer 1 GmbH-Gesetz festzustellen.
- der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.
- Die Klevert Versorgungsbetriebe GmbH als Mehrheitsgesellschafter der Stadtwerke Kleve GmbH gewährt der Stadtwerke Kleve GmbH eine Einlage in Höhe von 1.140.524,28 €.

Diese Einlage wird als andere Zuzahlung des Gesellschafters in das Eigenkapital gewährt, welche gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB als Kapitalrücklage in das Eigenkapital der Stadtwerke Kleve GmbH einzustellen ist. Die Einlage ist dem Geschäftsbereich Strom Verteilung zuzuordnen.

zu 1.2. Jahresabschluss 2015 der Bäderbetriebe Kleve GmbH

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen,

- den Jahresabschluss der Bäderbetriebe Kleve GmbH zum 31. Dezember 2015
 - mit einer Bilanzsumme von 2.052.202,01 €
 - einem Bilanzgewinn von 0,00 €
 - einem Jahresüberschuss von 0,00 €

gemäß § 46 Ziffer 1 GmbH-Gesetz festzustellen.

- der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.

zu 1.3. Jahresabschluss 2015 der Klever Versorgungsbetriebe GmbH

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen,

- den Jahresabschluss der Klever Versorgungsbetriebe GmbH zum 31. Dezember 2015
 - mit einer Bilanzsumme von 30.099.905,41 €
 - einem Bilanzgewinn von 2.650.524,28 €
 - einem Jahresüberschuss von 2.650.524,28 €

gem. § 46 Ziffer 1 GmbH-Gesetz festzustellen.

- der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.
- aus dem Bilanzgewinn 1.140.524,28 € gemäß § 272 Abs. 3 HGB in die Gewinnrücklage einzustellen.
- den verbleibenden Betrag des Bilanzgewinns in Höhe von 1.510.000,00 € auszuschütten.

Der Rat nimmt einstimmig den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015

- mit einer Bilanzsumme von 57.408.811,26 €
- einem Konzernjahresüberschuss von 2.707.447,28 €

zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Northing sowie die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates der Klever Versorgungsbetriebe GmbH nehmen an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag 2. der Drucksache nicht teil. StV. Schmidt übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, dem Aufsichtsrat der Klever Versorgungsbetriebe GmbH für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.

4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der GEWOGE Wohnungsgesellschaft mbH für den Kreis Kleve in Kleve für das Jahr 2015

- Drucksache Nr. 493 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) bis c) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, die Empfehlung zur Fassung folgender Beschlüsse durch die Gesellschafterversammlung:

Verbandsversammlung:

Mitglieder	Stellvertreter
1. Technischer Beigeordneter	1. Fachbereichsleiter Finanzen und Liegenschaften
2. Bay, Michael (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	2. Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
3. Gebing, Wolfgang (CDU)	3. Cosar, Jörg (CDU)
4. Kanders, Angelika (CDU)	4. Schmidt, Joachim (CDU)
5. Merges, Dr. Fabian (Offene Klever)	5. Goertz, Heinz (Offene Klever)
6. Tekath, Petra (SPD)	6. Welberts, Stefan (SPD)

Verwaltungsrat:

Mitglieder	Stellvertreter
1. Gebing, Wolfgang (CDU)	1. Driever, Gerd (CDU)
2. Tekath, Petra (SPD)	2. Welberts, Stefan (SPD)

7. **Neuwahl bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen für die Bezirke I, II und V**

- Drucksache Nr. 495 /X. -

Verwaltungsrat van Hoof führt aus, dass eine Geeignetheitsprüfung nicht durchgeführt werden müsse. Sofern die vom Gesetz vorgesehenen Kriterien erfüllt seien, gelte eine Person als geeignet. Die Verwaltung habe ein erweitertes Führungszeugnis angefordert, welches bei allen Bewerbern keinen Grund zur Beanstandung gegeben habe. Weitere Prüfungen würden nicht vorgenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, Frau Nadine Bartram für den Bezirk I, Herrn Gerhard Cröpelin für den Bezirk II und Herrn Volker Risch für den Bezirk V für die kommende Wahlperiode 2016-2021 zu wählen.

8. **Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr**

- Drucksache Nr. 467 /X. -

Verwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass der Städte- und Gemeindebund zwischenzeitlich in einer Stellungnahme mitgeteilt habe, dass die Winterdienstregelung für die nächtliche Öffnung der Fußgängerzone nicht von Belang sei, da die nächtliche Sicherstellung des Winterdienstes nicht verlangt werden könne. Allerdings müsse eine Beschilderung auf den eingeschränkten Winterdienst hinweisen. Die Verwaltung könne sich daher einer ganzjährigen Öffnung der Fußgängerzone, wie sie unter Beschlussvorschlag b) gewünscht werde, anschließen. Nichtsdestotrotz müsse der GVV zur Übernahme der Haftung bei Unfällen bereit sein. Aufgrund des vorhandenen Mischverkehrs und dem erhöhten Aufkommen dieses Verkehrs zu den Hauptgeschäftszeiten kann einer ganztägigen Öffnung der Fußgängerzone von Seiten der Verwaltung nicht zugestimmt werden.

Leitender Rechtsdirektor Goffin ergänzt, dass ein Vertreter des GVV seinerzeit an der Begehung der Fußgängerzone teilgenommen und sich einen Eindruck von den örtlichen

Gegebenheiten verschafft habe. Der Beschluss des Rates würde dem GVV zur Klärung des Haftpflichtversicherungsschutzes vorgelegt. Mögliche strafrechtliche Aspekte spielten bei dieser Klärung noch keine Rolle.

Leitender Verwaltungsdirektor Janssen weist darauf hin, dass der Städtebund den USK auf Anfrage signalisiert habe, dass die normalen Winterdienstverpflichtungen für Fußgängerzonen in der Zeit von neun Uhr bis 20 Uhr gelten würden. Außerhalb dieses Zeitfensters könnten die Verkehrsteilnehmer nicht von der Durchführung des Winterdienstes ausgehen.

Bürgermeisterin Northing meint, dass schon einer ganztägigen Öffnung der Kavarinerstraße nicht zugestimmt werden könne, da dies zu Lasten der Attraktivität der Aufenthaltsqualität gehe.

StV. Tekath äußert, dass sie erhebliche Bedenken habe, was die Einschätzung durch den GVV oder die Polizei angehe. Sie spricht sich daher dafür aus, die Angelegenheit bis zur Klärung dieser Fragen zurückzustellen.

StV. Gebing hält dem entgegen, dass die Klever Topografie ohnehin schon zu Einschränkungen für den Radverkehr führe. Allerdings gebe es in den Straßen mit starkem Gefälle im übrigen Stadtgebiet keine Fahrverbote für Radfahrer. Hinsichtlich einer ganztägigen Öffnung hoffe seine Fraktion auf die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer. Das Anführen von strafrechtlichen Aspekten sei nicht nachvollziehbar.

StV. Dr. Meyer-Wilmes erinnert daran, dass Kleve als fahrradfreundliche Stadt ausgezeichnet worden sei. Die Argumentation sei daher nicht nachvollziehbar. Im Übrigen berücksichtige der Antrag auch die topographischen Gegebenheiten.

Erster Beigeordneter Haas macht noch einmal deutlich, dass die Verwaltung mit einer ganzjährigen Öffnung der Fußgängerzone, wie unter b) beantragt, leben könne. Die haftungsrechtlichen Fragen sollten aber noch mit dem GVV geklärt werden.

StV. Schnütgen teilt mit, dass sie einer Rückverweisung in den Fachausschuss nicht zustimmen könne. Die SPD-Fraktion habe seinerzeit den Antrag auf Beitritt in die AGFS gestellt, so dass sie auch erklären können müsse, warum für Radfahrer kein Winterdienst verrichtet werden solle. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Verkehrsteilnehmer gegenseitig Rücksicht nămen. Im Übrigen solle die Öffnung zunächst wieder auf ein Jahr beschränkt und nach diesem Versuchszeitraum Bilanz gezogen werden.

StV. Liffers macht deutlich, dass eine Klärung der Haftungsfrage mit dem GVV gar nicht relevant sei. Sofern der GVV eine Regulierung möglicher Schadenfälle im Rahmen des bestehenden Versicherungsvertrages ablehne, könne die Verwaltung dieses Risiko gegen Zahlung einer zusätzlichen Versicherungsprämie mit versichern.

StV. Dr. Merges spricht sich für eine einheitliche Regelung in der Fußgängerzone aus, da unterschiedliche Regelungen den Radfahrern sowie Fußgängern mit Schildern nur schwer verständlich zu machen sein dürften. Seine Fraktion werde daher der Drucksache der Verwaltung zustimmen.

StV. Ricken weist darauf hin, dass eine Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr bereits seit einigen Jahren behandelt würde und dabei immer auch die versicherungsrechtlichen Fragen in der Diskussion gewesen seien. Die Stellungnahme

der Versicherung könnte daher schon längst vorliegen. Sobald dies der Fall sei, solle dieses Schreiben auch dem Rat zur Verfügung gestellt werden.

StV. Tekath stellt klar, dass ihre Fraktion nie geäußert habe, dass für Radfahrer kein Winterdienst verrichtet werden solle. Sie habe lediglich zur Kenntnis genommen, dass die USK nur zu bestimmten Zeiten Winterdienst leisten würden. Mögliche Schadenfälle sollten in Gänze ausgeschlossen werden. Sie stellt daher den Antrag, diese Drucksache bis zur Klärung der Abfrage beim GVV und der Polizei zurückzustellen.

StV. Dr. Meyer-Wilmes regt an, die Angelegenheit bis zum nächsten Rat am 09.11.2016 zurückzustellen.

Bürgermeisterin Northing lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen, diese Drucksache zur Klärung der versicherungs- und der haftungsrechtlichen Fragen mit dem GVV und der Polizei bis zur Sitzung des Rates am 09.11.2016 zurückzustellen.

9. **Umsetzung des Radverkehrskonzeptes - Vorlage Sachstandsbericht**

- Drucksache Nr. 466 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass hinsichtlich der fortwährenden Änderungen im Radverkehr noch einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten sei. Die AGFS werde die Entwicklungen daher nochmal öffentlichkeitswirksam aufgreifen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt die dargestellten Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

10. **Lärmaktionsplan Stufe 2 für die Stadt Kleve**

hier: Beschluss als Luftreinhalteplan gem. § 47 Bundes-Immissionsschutzgesetz

- Drucksache Nr. 465 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig den Lärmaktionsplan der 2. Stufe als Luftreinhalteplan gemäß § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz.

11. **Bebauungsplan Nr. 1-279-2 für den Bereich Minoritenplatz**

hier: Frühzeitige Beteiligung

- Drucksache Nr. 476 /X. -

StV. Dr. Merges verweist auf seine Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und spricht sich dafür aus, die Angelegenheit noch einmal im Bau- und Planungsausschuss zu behandeln, damit alle Rückmeldungen bereits bei der Aufstellung der Pläne Berücksichtigung finden könnten.

Bürgermeisterin Northing stellt klar, dass sämtliche Anregungen, die im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgetragen worden seien, in dem gesetzlichen Beteiligungsverfahren berücksichtigt würden.

Da das von den Fraktionen ausgearbeitete Eckpunktepapier vorsehe, die Wallgrabenzone nicht anzutasten, könne er nicht nachvollziehen, dass die Verwaltung drei Pläne vorgelegt habe, die in die Wallgrabenzone hineinreichten, so StV. Goertz.

Bürgermeisterin Northing weist darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Aspekt diskutieren dürften, auch wenn der Rat eine andere Auffassung vertrete.

StV. Gebing macht deutlich, dass die Vorgehensweise abgestimmt sei und sämtliche Anregungen Berücksichtigung fänden. Auch die CDU-Fraktion lehne eine oberirdische Beeinträchtigung der Wallgrabenzone ab. Sie habe dagegen keine Bedenken, wenn Pläne unmittelbar an der Wallgrabenzone endeten oder unterirdisch in diese hineinragten.

StV. Dr. Meyer-Wilmes weist darauf hin, dass viele Bürger froh über die Festlegung der Eckpunkte durch den Rat seien. Alle Fraktionen hätten sich dafür ausgesprochen, dass die Wallgrabenzone frei bleibe. Der Technische Beigeordnete habe klargestellt, dass über die vorgelegten Pläne zu diskutieren sei.

StV. Tekath meint, dass ein Zurückstellen der frühzeitigen Beteiligung und damit ein Ruhenlassen des Verfahrens nicht im Sinne der Fraktionen sein könne. Die Wallgrabenzone solle zunächst eine klare Kante erfahren, über die zu diskutieren sei. Um sich einer Entscheidung anzunähern, solle nun die frühzeitige Beteiligung beschlossen werden.

StV. Dr. Merges hält dem entgegen, dass die Ideen der Bürger, die vielleicht von den Ideen der Fraktionen abwichen, direkt in eine entsprechende Drucksache eingearbeitet werden könnten. Es gebe derzeit keine Not, eine Entscheidung zu treffen. Vielmehr sollten die Wünsche der Bürger direkt umgesetzt werden.

StV. Rütter hält StV. Dr. Merges entgegen, dass sich alle Fraktionen auf den Fortgang des Verfahrens geeinigt hätten. Es sei zudem immer wieder betont worden, dass die im Rahmen der vorzeitigen Bürgerbeteiligung vorgetragenen Anregungen alle in das Verfahren mit einfließen und Berücksichtigung fänden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung, der Öffentlichkeit und den Behörden und Trägern öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

12. **Bebauungsplan Nr. 2-303-0 für den Bereich Leitgraben im Ortsteil Kellen**

hier: Beschluss der zweiten erneuten Offenlage

- Drucksache Nr. 477 /X. -

StV. Gebing teilt mit, dass seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen könne, da sie den Grenzabstand der mittleren Baukörper auf 9 m festgelegt wissen wolle. Sie spreche sich daher dafür aus, den Plan entsprechend der ersten Offenlage mit zwei Vollgeschossen und einer Beschränkung der Wohneinheiten zu beschließen.

StV. Kumbrink fragt, ob ein Abstand von 7 m kompromissfähig sei.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass er dies nicht mit Sicherheit sagen könne. Die Verwaltung habe aufgrund der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss einen zweiten Plan mit 9 m Grenzabstand und den entsprechenden Vorgaben vorbereitet und ausgehängt. Ein Plan mit 7 m liege nicht vor. Es solcher Beschluss würde daher zu einem formalen Fehler führen. Im Übrigen hätte die Verwaltung eine Reduzierung auf 5 m nicht vorgenommen, wenn der Investor mit 9 m Grenzabstand einverstanden gewesen wäre. Der Investor sei bereits einen Kompromiss dahingehend eingegangen, indem er auf ein Geschoss verzichte und den geringeren Grenzabstand akzeptiere.

Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass die Verwaltung mit dem Investor einen Grenzabstand von 7 m abstimme.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, die Angelegenheit zur Klärung der Frage des Grenzabstands bis zur Ratssitzung am 09.11.2016 zurückzustellen.

13. **Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen**

hier: Beschluss der Teilung des Plangebietes und erneuter Beschluss der Offenlage
- Drucksache Nr. 436 /X. -

StV. Driever nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

StV. Gebing beantragt im Namen seiner Fraktion die Rückverweisung in den Bau- und Planungsausschuss, um noch einmal die Fragen des Grunderwerbs der Straße Hellingsbüschchen sowie eine Erschließung über die Straße Hellingsbüschchen zu klären.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung und Klärung der von StV. Gebing angesprochenen Fragen in den Bau- und Planungsausschuss zurückzuverweisen.

14. **Bebauungsplan Nr. 1-089-10 für den Bereich Hagsche Straße/ Hagsche Poort (altes Postgebäude)**

hier: Beschluss der erneuten Offenlage
- Drucksache Nr. 478 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass es der Verwaltung nicht möglich gewesen sei, die gewünschte Visualisierung vorzulegen.

StV. Schnütgen beantragt daraufhin die Rückverweisung in den Bau- und Planungsausschuss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Bau- und Planungsausschuss zurückzuverweisen.

15. **4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 8-139-2 für den Bereich Kranenburger Straße/ Heidestraße im Ortsteil Donsbrüggen**
hier: Satzungsbeschluss
- Drucksache Nr. 479 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung, die 4. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 8-139-2 für den Bereich Kranenburger Straße / Stadtgrenze / Ackersheide / Heidestraße / Waldsaum / Zur Buchenhecke im Ortsteil Donsbrüggen, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung als Satzung.

16. **Bebauungsplan Nr. 1-031-7 für den Bereich Stresemannstraße**
hier: Beschluss der erneuten Offenlage
- Drucksache Nr. 480 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 1-031-7 für den Bereich Stresemannstraße gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB zu beteiligen. Die Ausweisung der Wohnabschnitte wird wie folgt vorgenommen:

WA 1 eingeschossig mit maximal zwei Wohneinheiten

WA 2 zweigeschossig mit maximal drei Wohneinheiten

WA 3 eingeschossig mit maximal zwei Wohneinheiten

17. **Bebauungsplan Nr. 1-293-0 für den Bereich Bahnhofsumfeld / Bahnhofplatz**
hier: Beschluss der Offenlage
- Drucksache Nr. 481 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss zurückzuverweisen.

18. **Bebauungsplan Nr. 2-310-0 für den Bereich Van-Houten-Straße / Medline-Straße / Wilhelm-Sinsteden-Straße / Hermann-Pardun-Straße im Ortsteil Kellen**
hier: Beschluss der Offenlage
- Drucksache Nr. 482 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig,

- den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2-310-0 bis zur Straße Hammscher Weg auszuweiten.
- den Bebauungsplan Nr. 2-310-0 für den Bereich Van-Houten-Straße/ Medline-Straße/ Wilhelm-Sinsteden-Straße/ Hermann-Pardun-Straße gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

19. **Bebauungsplan Nr. 9-307-0 für den Bereich Rinderner Straße im Ortsteil Düffelward**

hier: Satzungsbeschluss
- Drucksache Nr. 483 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 9-307-0 für den Bereich Rinderner Straße im Ortsteil Düffelward bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten als Satzung.

20. **Bebauungsplan Nr. 1-167-0 für den Bereich Kavariner Straße/ Spycckstraße/ Flutstraße/ Ludwig-Jahn-Straße/ Hafenstraße**

hier: Einstellung des Verfahrens
- Drucksache Nr. 484 /X. -

Da sie in der Spycckstraße wohnhaft ist, nimmt Bürgermeisterin Northing an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. StV. Schmidt ist ebenfalls in der Spycckstraße wohnhaft, erklärt sich aber für nicht befangen und übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1-167-0 für den Bereich Kavariner Straße/ Spycckstraße/ Flutstraße/ Ludwig-Jahn-Straße/ Hafenstraße einzustellen. Der Fortführungsbeschluss sowie alle Beschlüsse im bisherigen Verfahren werden aufgehoben.

21. **Bebauungsplan Nr. 1-167-1 für den Bereich Spycckstraße/ Ludwig-Jahn-Straße/ Hafenstraße/ Kavarinerstraße**

hier: Einleitung des Verfahrens und frühzeitige Beteiligung
- Drucksache Nr. 485 /X. -

Da sie in der Spycckstraße wohnhaft ist, nimmt Bürgermeisterin Northing an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. StV. Schmidt ist ebenfalls in der Spycckstraße wohnhaft, erklärt sich aber für nicht befangen und übernimmt den Vorsitz.

Technischer Beigeordneter Rauer weist darauf hin, dass lediglich die Einleitung des Verfahrens nicht aber die frühzeitige Beteiligung entsprechend der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen werden solle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1-167-1 für den Bereich Spycckstraße/ Ludwig-Jahn-Straße/ Hafenstraße/ Kavariner Straße zum Zwecke der Änderung des Bebauungsplans Nr. 1-276-8 für den Bereich Flutstraße/ Ludwig-Jahn-Straße und zum Zwecke der Änderung des Bebauungsplanes 1-260-0 für den Bereich Hafenstraße einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen

Fassung mit Durchführung einer Umweltvorprüfung des Einzelfalls gem. § 2 Abs. 4 Nr. 3 BauGB angewendet.

22. **Bebauungsplan 1-312-0 für den Bereich Klever Berg / Bresserbergstraße im Ortsteil Kleve**

hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der Offenlage
- Drucksache Nr. 502 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert die Drucksache.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig,

- das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1-312-0 für den Bereich Klever Berg/ Bresserbergstraße einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet.
- den Bebauungsplan Nr. 1-312-0 für den Bereich Klever Berg/ Bresserbergstraße gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

23. **Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße/ Merowingerstraße/ Willy-Brandt-Straße**

hier: Beschluss der erneuten Offenlage
- Drucksache Nr. 503 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert die Drucksache.

StV. Fuchs meint, dass die zu überplanenden Fenster in dem Bebauungsplan auch die Gaststätte "Zu den vier Winden" überlagerten. Dies bedeute, dass im Falle der Aufgabe der Gaststätte durch den Wirt ein Fortbestehen nicht möglich sei.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass die Gaststätte unter Bestandsschutz stehe. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens könnten entsprechende Einwände vorgetragen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße/ Merowingerstraße/ Willy-Brandt-Straße gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

24. **Erarbeitsungsverfahren für den Regionaplan Düsseldorf**

hier: Stellungnahme der Stadt Kleve zum Entwurf "Regionalplan Düsseldorf"
- Drucksache Nr. 486 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer weist darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage von StV. Dr. Meyer-Wilmes in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Niederschrift erfolgt sei.

28. **Schulentwicklungsplanung**

Verwaltungsdirektorin Keyzers führt aus, dass einzig der Rat entscheiden könne, ob die erneute Beratung von Beschlussvorlagen durch den Fachausschuss erforderlich sei. Mit Blick auf die morgige Sitzung des Schulausschusses und den zur Beratung stehenden Drucksachen solle daher am heutigen Tagen ein solcher Vorratsbeschluss gefasst werden, sofern in der morgigen Sitzung das Erfordernis einer erneuten Beratung gesehen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, eine weitere Sitzung des Schulausschusses zur Beratung der Drucksachen Nrn. 499/X. und 500/X. vor der Ratssitzung am 09.11.2016 anzuberaumen, sofern in der morgigen Sitzung des Schulausschusses am 29.09.2016 das Erfordernis auf erneute Beratung gesehen wird.

29. **Mitteilungen**

a) Städtepartnerschaft Swinemünde

Bürgermeisterin Northing berichtet über den Besuch der Delegation aus Swinemünde in Kleve. Es hätten weitere nützliche Gespräche auf Arbeitsebene zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaft stattgefunden. Die Verwaltung werde in nächster Zeit einen Vorschlag für ein Nachtreffen unterbreiten, um die weitere Vorgehens- und Anknüpfungsweise zur Realisierung der Städtepartnerschaft mit Swinemünde zu besprechen.

b) Frauenparkplätze am Bahnhof

Hinsichtlich der Einrichtung von Frauenparkplätzen am Bahnhof teilt Verwaltungsrat van Hoof mit, dass im Bereich des Spoykanals bereits Frauenparkplätze vorhanden seien. Eine Ausweitung dieser Parkplätze sei möglich. Im Bereich des Bahnhofs könnten sowohl auf der gebührenpflichtigen Seite als auch auf der Seite van-den-Bergh-Straße Frauenparkplätze eingerichtet werden. Er weist darauf hin, dass eine Ahndung gegen Parkverstöße nicht möglich sei, da es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Kleve handele.

30. **Anfragen**

a) Sachstand Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Nr. 1-279-1

StV. Gebing fragt nach dem Sachstand.

Leitender Rechtsdirektor Goffin teilt mit, dass vor drei bis vier Wochen im Rahmen einer mündlichen Verhandlung ein Vergleich geschlossen worden sei. Die Stadt habe sich verpflichtet, kein Grundstück im Bereich des Minoritenplatzes für eine Bebauung zu veräußern, so lange der sich in der Aufstellung befindliche Plan nicht rechtskräftig geworden sei. Es handele sich um eine angemessene Vorgehensweise.

b) Schützenhaus Keeken

StV. Ricken möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass das Schützenhaus Keeken etliche bauliche Mängel, wie z.B. eine defekte Heizung, ein defektes Dach und undichte Fenster aufweise. Er bittet um Sachstandsmitteilung.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass der Verwaltung ein Antrag des Schützenvereins vorliege. Die Prüfung sei nahezu abgeschlossen und die Verwaltung werde in Kürze im Rahmen des üblichen Verfahrens eine Drucksache zur Entscheidungsfindung vorlegen.

c) Parkplätze Klimaschutzsiedlung

StV. Gebing fragt nach dem Vorgehen hinsichtlich der Parkplatzprobleme in der Klimaschutzsiedlung. Er spricht sich dafür aus, dass im Rahmen einer Parkraumbewirtschaftung die Parkplätze in den Abendstunden frei blieben, damit genügend Parkplätze für Sportler und Besucher zur Verfügung stünden.

Verwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass sich der Fachbereich in Kooperation mit dem Verein auf eine angemessene Lösung verständigen werde.

d) Finanzierung der Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer

StV. Tekath bezieht sich auf die Aussagen des Kämmerers zur fehlenden Kostendeckung durch den Landschaftsverband Rheinland in Höhe von 2 Mio. € zur Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Sie möchte wissen, wie optimistisch er sei, dass die Stadt Kleve die finanziellen Mittel noch zur Verfügung gestellt bekomme.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass er sehr optimistisch sei. Er habe bewusst die Öffentlichkeit informiert. Es handle sich um ein landesweites Problem. Herr Bahr vom Landschaftsverband habe eine kurzfristige Regelung zugesagt. Da es sich um direkte Landesmittel handle, müsse zunächst das Land zustimmen. Er erwarte im Oktober eine schriftliche Rückmeldung des Landschaftsverbandes.

StV. Goertz möchte wissen, wie sich die Summe der 2 Mio. € zusammensetze.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass es sich um 42 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge handle. Er erläutert im weiteren die Zusammenstellung der Kosten.

StV. Bungert vergewissert sich, dass der Stadt Kleve aufgrund der gegen den Landschaftsverband Rheinland erhobenen Forderung, kein haushalterisches, sondern vielmehr ein Liquiditätsproblem entstehe.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass die Stadt einen Kostenanerkennungsantrag beim Landschaftsverband Rheinland gestellt habe. Die Zusagen stünden allerdings noch aus. Erst nach Zusage sei der Betrag als Ertrag buchbar.

e) Freiwillige Feuerwehr

StV. Gebing möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr erhebliche Unruhen aufgrund des Verhaltens einzelner Kameraden gebe. Er möchte wissen, ob bereits Gespräche geführt bzw. Ergebnisse erzielt worden seien und welche Lösungsansätze es gebe.

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass Gespräche mit den Beschwerdeführern geführt worden seien. Zudem stehe ein weiterer Termin mit den Löschgruppenführern an. Die stellvertretende Leitung sei informiert. Darüber hinaus würden organisatorische Maßnahmen im Bereich der Gerätewarte durchgeführt. Im November 2016 werde zudem die stellvertretende Wehrleitung neu gewählt.

f) Fahrbahnverengung Merowingerstraße

StV. Schnütgen fragt nach der Umsetzung.

Antwort zum Protokoll:

Die erforderlichen Inseln zur Umsetzung der Maßnahme hatten lange Lieferzeiten. Die USK haben die Vorarbeiten, konkret die beidseitigen Bordsteinabsenkungen und erforderlichen Pflasterarbeiten, in der 40. KW durchgeführt. Die Fahrbahneinengung inklusive Beschilderung wurde in den Herbstferien hergestellt.

g) Adler Kupferner Knopf

StV. Cosar fragt nach dem Sachstand.

Die Antwort erfolgt schriftlich.

h) Straßenbaumaßnahme Spycyckstraße

StV. Gietemann bezieht sich auf die in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vorgestellte Planung sowie den zeitlichen Ablauf zur Erneuerung der Spycyckstraße. Hinsichtlich des dritten Abschnittes, Achter Spycyck, möchte er wissen ob es richtig sei, dass der Abwasserkanal nicht aus den 30-er, sondern aus den 60-er-Jahren stamme bzw. in diesen erneuert worden sei. Darüber hinaus sollten die Gas-, Wasser- und Stromleitungen bereits vor der Jahrtausendwende erneuert worden sein. Er fragt weiter, ob bei der Kanaluntersuchung Mängel festgestellt worden seien.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass die Kanäle einer Schadenklassifizierung zugeführt würden. Schäden, z.B. Rissbildung und Einbrüche, seien vorhanden. Darüber hinaus seien die Hausanschlüsse schadhaft. Ein Sanierungsprogramm für den dritten Abschnitt sei noch nicht abgeschlossen. Eine Sanierung der Ver- und Entsorgungsleitungen sei allerdings nicht erforderlich. Die Verwaltung gehe davon aus, dass eine Sanierung ähnlich der anderen beiden Bauabschnitte erforderlich sei. Die Planung werde noch vorgestellt.

i) Bahnhof - barrierefreie Querungsmöglichkeit

StV. Gebing möchte wissen, ob hinsichtlich des von allen Seiten gewünschten barrierefreien Übergangs des Bahnhofsgeländes, weitere Gespräche mit der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft geführt würden und ob die Verwaltung bereits Erkenntnisse habe, wie ein solcher Übergang ermöglicht werden könne.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass es keine neuen Erkenntnisse gebe. Es liege keine Zustimmung für einen schienengleichen Übergang vor. Die Verwaltung könne eine erneute Anfrage stellen, allerdings sei er skeptisch, dass diese positiv beschieden werde. Die Verwaltung prüfe derzeit, ob eine ebenerdige Querung durch Fördermaßnahmen in anderer Form realisiert werden könne.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass die Verwaltung dieses Thema mit der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft auf der EXPO REAL noch einmal thematisieren werde.

j) Spielhalle bei Brüggemeier

StV. Ricken fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Abbruchs der Spielhalle bei Brüggemeier.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass seinerzeit eine Zusage gemacht, diese vertraglich allerdings nicht fixiert worden sei. Die Spielhalle habe Bestandsschutz. Eine Forderung sei daher nicht durchsetzbar.

k) Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse

StV. Schmidt möchte wissen, wann mit einem Sachstand zur Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Northing sagt entsprechenden Bericht zu.

Ende der Sitzung: 18.59 Uhr

(Northing)
Bürgermeisterin

(Schmidt)
Vorsitzender 1. c), 2. c), 3. 2., 20. und 21.
öffentliche Sitzung

(Berns)
Schriftführerin